

Dienstag,  
28. April 1914.

Mittag-Ausgabe.

Mr. 196.  
53. Jahrgang.

Das Posener Tageblatt  
erscheint  
an allen Wochentagen  
zweimal.  
Der Bezugspreis beträgt  
vierjährig  
in den Geschäftsstellen 3,00,  
an den Ausgabestellen 3,25,  
frei ins Haus 3,50,  
bei allen Postanstalten des  
Deutschen Reiches 3,50 M.

# Posener Tageblatt

Anzeigenpreis  
für eine kleine Zeile im  
Anzeigenteil 25 Pf.,  
Reklamenteil 80 Pf.,  
Stellungsliste 15 Pf.  
Anzeigen nehmen an  
die Geschäftsstellen  
Tiergartenstr. 6  
St. Martinstr. 62  
und alle  
Annoncenbureaus.

Vertrags-Nr. 4246, 3110, 3249 u. 2273.

Herausgegeben im Auftrage des Komitees des Posener Tageblattes von E. Ginschel.

Telegr.-Tageblatt-Posen.

Ausendungen sind nicht an eine Person, sondern an die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle zu richten. — Bei Einblendung redaktioneller Beiträge wird gleichzeitige Angabe des Honorars erbeten; nachträgliche Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Unbenutzte Einblendungen werden nicht aufbewahrt. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn das Postgeld für die Rücksendung beifügt ist.

## Vom Kaiserpaar auf Korfu.

Am Montag vormittag hörte der Kaiser im Achilleion auf Korfu die Vorträge der drei Rabinetschefs und des Gesandten von Trentler. Zur Mittagstafel war beim Kaiser der Maler Marschall geladen. Nach der Tafel besichtigten die Majestäten die Arbeiten des Künstlers, der auf Veranlassung des Kaisers mehrere Wochen auf den Terrassen des Achilleions, in Gasturi, in Monrepos und in Paleokastrizza gemalt hat. Der Kaiser erwarb einige Bilder. Nachmittags machten die Majestäten eine Ausfahrt in Automobilen. Der König der Hellenen hat dem Geandten Grafen Quadt das Großkreuz des Erlöserordens verliehen.

## Kein Besuch König Georgs in Berlin.

In der Montag-Sitzung des englischen Unterhauses fragte Lord Curzon, der Führer der Arbeiterpartei, ob das Kabinett im Hinblick auf die günstigen Ergebnisse des Besuchs des Königs in Paris die Ratlosigkeit erwogen habe oder jetzt noch erwäge, dem König anzuschreiben, einen gleichen Besuch in Berlin zu machen, zu dem Zweck, das wachsende Gefühl der Freundschaft zwischen den britischen und dem deutschen Volke zu verstärken.

Parlamentarischer Sekretär Lord Curzon erwiderte: Ich möchte Lord Curzon daran erinnern, daß Seine Majestät letztes Jahr in Berlin einen Besuch abgestattet hat, und ich höre, daß es dem König nicht möglich sein wird, in diesem Jahre noch weitere Staatsbesuche im Auslande zu machen.

## Maßnahmen gegen die rebellischen Usteroffiziere.

Im weiteren Verlauf der Sitzung des Unterhauses erklärte Ministerpräsident Asquith in Erwiderung auf eine Anfrage, welche Schritte die Regierung nach den jüngsten Vorfällen in Uster zu unternehmen beabsichtige. Im Hinblick auf diese schwere Ausschreitung, die keinen Präzedenzfall besitzt (Beifall bei den Ministern) möge das Haus versichert sein, daß die Regierung unverzüglich geeignete Schritte unternehmen wird, um dem Geseß Achtung zu verschaffen und die Offiziere und Diener des Königs (Beifall bei den Ministern) und seiner Majestät Untertanen in der Ausübung ihrer Pflichten und in dem Genuß ihrer gesetzlichen Rechte zu schützen. (Beifall.)

Der Führer der Usterpartei, Sir Edward Carson, wohnte der Sitzung bei.

## Audienz beim König Georg.

Premierminister Asquith hatte später eine Audienz beim König im Buckingham-Palast wegen der Usterfrage. Der Chefsekretär für Irland Birrell hatte eine Besprechung mit dem Vizekönig in Dublin.

## Erhebungen über den städtischen Immobiliarcredit.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlicht unter dieser Überschrift folgendes:

Zur Untersuchung der Zustände auf dem Gebiete des Immobiliarcredits in Städten und sonstigen Industriezentren sowie deren Umgebung und zur Gewinnung von Vorschlägen für die Abstellung hervorgetretener Mißstände hat der Reichskanzler in Verfolg einer Resolution des Reichstags eine Sachverständigenkommission eingesetzt.

Vor dieser Kommission sollen Sachverständige im kontradiktorischen Verfahren vernommen werden. Wie in der Kommission werden auch unter den zu vernehmenden Sachverständigen die verschiedensten Richtungen der Wissenschaft und der Praxis vertreten sein.

Die Erhebungen sollen sich nicht auf Städte beschränken, sondern sich auf Städte, Industriezentren und deren nähere Umgebung erstrecken. In diesem Sinne wird der Kürze halber im Fragebogen das Wort „städtisch“ gebraucht.

Den Verhandlungen wird nachstehender Fragebogen zugrunde gelegt werden:

### A. Vorfragen.

1. Welche Umstände veranlassen
  - a) das städtische Bauland?
  - b) das Bauen auf dem städtischen Bauland?
2. Welche Wirkung haben diese Umstände auf die Mietpreise?
3. Welche Wirkung hat die Form der Bodenaufteilung und der Bauteileneinteilung auf die Zufuhr und auf den dauernden Bedarf an Realcredit beim Parzellierungssystem
  - a) des Wohnhauses?
  - b) des Kleinhauses?

II. In welcher Weise können die zu I etwa festgestellten Mißstände beseitigt werden?

### B. Der städtische Immobiliarcredit.

1. Welche Umstände bestehen bei der Beschaffung des städtischen Immobiliarcredits und auf welche Ursachen sind diese Mißstände zurückzuführen?

1. Wie wird der Bau finanziert? Wie erfolgt die Finanzierung beim Wechsel an dem bebauten Grundstück? Insbesondere, welches sind die Kreditquellen für die Baulender, für das Bauland, für den Kaufpreis? (1., 2. Hypothek.)

Welches sind die Darlehnsbedingungen? (Zinsfuß, Tilgungszwang, Antikontingenz.)

2. Welche Umstände fördern etwa eine tatsächliche Überschreitung der Beleihungsgrenzen, wie sie für die Hypothekenbanken, die Landesversicherungsanstalten, die Sparkassen und die unter Aufsicht stehenden Versicherungsunternehmen gesetzt sind?

3. Inwieweit hat Art und Höhe der Beleihung Bedeutung für die Wertung und Veräußerlichkeit des Grundstücks?

4. Welchen Einfluß hat die Verschuldung auf den Mietpreis?

5. Welche Schwierigkeiten bestehen in der Beschaffung des Credits?

Berücksichtigen die privaten und öffentlichen realcreditgebenden Anstalten (insbesondere die Hypothekenbanken, die Landesversicherungsanstalten, die Reichsversicherungsanstalt für Privatangehörige, die Sparkassen und die unter Aufsicht stehenden privaten Versicherungsunternehmen) innerhalb der Grenzen ihrer Geldmittel in angemessener Weise die Bedürfnisse des Wohnungsbaues? Werden von ihnen etwa besondere Bau- und Wohnungsformen und besondere Ortsgrößen begünstigt? Werden insbesondere Kleinwohnungsbauteile (Wohnungsmietshäuser, kleinere Häuser) in ausreichendem Maße beliehen?

Inwieweit steht das Privatkapital für Wohnungsbau, insbesondere für 2. Hypotheken auf Kleinwohnungsbauteile, zur Verfügung?

6. Worauf beruhen die Schwankungen in dem Angebot von Kapital für den städtischen Grundcredit und wie äußern sie sich in ihrer Wirkung auf die Bautätigkeit, den Wohnungsmarkt und die Mietpreise?

7. Bis zu welcher Höhe sind die Miethäuser in der Regel belastet? Wie hoch wird die Verschuldung des städtischen Grund und Bodens überhaupt anzunehmen sein und welchen Anteil haben hier schätzungsweise die 2. Hypotheken?

8. Ist etwa in den bestehenden Grundbesitz des Hypotheken- und Grundbuchrechts eine Ursache für die hohe Verschuldung des Grund und Bodens zu erblicken? Ist etwa in der Gleichstellung des Besitz- und des Betriebscredits ein Mangel zu erblicken?

9. Genügen die bestehenden Rechtsformen der Kreditorganisation dem Bedürfnisse?

II. Welche Maßnahmen sind geeignet, den zu I festgestellten Mißständen abzuwehren, die Beschaffung des nötigen Realcredits, insbesondere für den Kleinwohnungsbauteil, zu erleichtern und einer ungeordneten Verschuldung entgegenzuwirken?

Zur Vorbereitung der Verhandlungen werden Referate erstattet von den Herren Professoren Dr. Bredt und Dr. Eberstadt als Vertreter der Wissenschaft, Herren Justizrat Dr. Baumert und Präsident a. D. Dr. van der Vorst als Vertreter des Grund- und Hausbesitzes, Herrn Dr. Luther als Vertreter der städtischen Verwaltungen, Herrn Dr. Schwarz als Vertreter der Hypothekenbanken, Herrn Staatssekretär a. D. Dr. Dernburg als Vertreter der gemeinnützigen Vereinigungen und der Mieter.

Am 28. April wird die Kommission zur konstituierenden Sitzung zusammentreten. Alsdann soll so bald als nach den Verhältnissen möglich mit der Vernehmung der Sachverständigen begonnen werden.

## Der falsche Bürgermeister.

### Die Rechtsgültigkeit der Amtshandlungen

des falschen zweiten Bürgermeisters von Köslin und ehemaligen Bromberger Stadtrats Thormann, der sich Alexander nannte, untersucht Amtsgerichtsrat Beneke-Charlottenburg im „Tag“. Er kommt dabei zu folgendem Ergebnis:

„Es fragt sich, ob eine unrichtige Namensbezeichnung in der Amtshandlung den Amtshandlungssatz als solchen nicht macht. (Ob eine Person, auf welche die in der Urkunde angegebenen Personalien zutreffen, existiert, ist natürlich unerheblich.) Die Frage ist zu verneinen. Denn die Identität Thormanns mit derjenigen Person, der die zweite Bürgermeisterstelle verliehen werden sollte und der die Amtshandlung ausgestellt worden ist, stand fest. Das ist das Ausschlaggebende. Die Sache liegt analog dem Fall, daß eine bestimmte Person unter falschem Namen verurteilt ist. Die Rechtsgültigkeit des Urteils unterliegt keinem Zweifel. Es bedarf keiner neuen Verurteilung unter dem richtigen Namen. Denn das Urteil ist ergangen gegen den, der faktisch vor Gericht gestanden hat und verurteilt ist. Das Erfordernis einer Berechtigung des Urteils hat nur formelle Bedeutung.“

Weiter ist zu prüfen, ob die Tatsache, daß die Voraussetzungen der Amtshandlung nicht vorliegen, von Bedeutung ist. Selbst wenn das bestandene Vorsekretariat und die Unbescholtenheit Vorbedingung der Amtshandlung sein sollten, so würde doch das Fehlen dieser Voraussetzungen den Akt der Amtshandlung keineswegs nichtig machen. Hier mag auf einen ähnlich liegenden Fall hingewiesen werden, den das Reichsgericht entschieden hat. Einem Angeklagten war zur Last gelegt, einen Forstbeamten in der regelmäßigen Ausübung seines Amtes Widerstand geleistet zu haben. Eingewendet war, daß eine regelmäßige Amtsausübung nicht vorliege, weil der Forstbeamte noch minderjährig sei, die Volljährigkeit aber nach dem in Betracht kommenden bayerischen Recht erst die Amtshandlungsbefugnis begründe. Das Reichsgericht entschied, daß die Kraft des Amtes ausgeübten Handlungen als rechtmäßige Amtshandlungen anzusehen seien, selbst wenn das Amt unter Nichtbeachtung der gesetzlichen Vorbedingungen verliehen sei. Man wird also davon ausgehen müssen, daß, wenn von dem zuständigen Organ der Staatsgewalt der Akt der Amtshandlung in äußerlich gesetzlicher Form erfolgt ist, der Akt rechtsgültig und die Beamteneigenschaft begründet ist, selbst wenn gesetzlichen Vorbedingungen der Amtshandlung fehlen. Aus der Rechtsgültigkeit der Amtshandlung ergibt sich ohne weiteres die Rechtsgültigkeit der auf Grund der Amtshandlung vorgenommenen Amtshandlungen.

Die Staatsanwaltschaft, welche inzwischen die Untersuchungshaft wegen intellektueller Urteilsverfälschung und Amtsnachahmung beantragt hat, steht auf einem anderen Standpunkt. Die Straftat des Thormann besteht aber nicht darin, daß er sich ein Amt

angemacht hat, sondern lediglich darin, daß er durch Fälschung und betrügerliche Vorpiegelungen erreicht hat, daß ihm ein Amt übertragen wurde. Wollte man annehmen, daß die Amtshandlung nichtig gewesen ist und es sich um eine unbefugte Amtsausübung handelt, so würden unfehlbare Folgen eintreten. Denn konsequenterweise müßten dann alle Handlungen, die Thormann in seiner Eigenschaft als zweiter Bürgermeister vorgenommen hat, als nichtig gelten. Es wäre unlogisch und willkürlich, die Amtshandlung als nichtig anzusehen und den amtlichen Handlungen irgend eine Bedeutung beizumessen. Die Handlungen müßten so betrachtet werden, als ob sie von jemand vorgenommen wären, der sich als zweiter Bürgermeister ausgeben hat, ohne es zu sein. Die Gewerbeurteilsmüßten als nichtig, alle amtlichen Erklärungen als nicht abgegeben angesehen werden.“

Die Anerkennung der Rechtsgültigkeit des Amtshandlungssatzes und der sich daraus ergebenden Rechtsgültigkeit der Amtshandlungen hat die notwendige, wenn auch vielleicht nicht befriedigende Folge, daß es einer förmlichen Amtsenthebung des Thormann bedarf. Es wäre ein innerer Widerspruch, die Amtshandlungen als rechtsgültig anzusehen und nach Aufhebung des Tatbestandes die amtliche Stellung, welche die Gültigkeit der Amtshandlung begründete, als nicht vorhanden zu betrachten.“

## Volksheilstätten-Verein.

Im Sitzungssaal des Herrenhauses in Berlin fand Montag nachmittag die Jahresversammlung des Volksheilstätten-Vereins vom Roten Kreuz aus Anlaß des 50jährigen Bestehens der Genfer Konvention und des Roten Kreuzes statt. Der Saal war dicht gefüllt von Mitgliedern und Freunden des Roten Kreuzes, die gekommen waren, sich die gegenwärtig wichtigsten Fragen im Kampfe gegen die Tuberkulose vor Augen führen zu lassen.

Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden des Zentralvorstandes, Generalarztes a. D. Dr. Werner über „das Rote Kreuz und die Tuberkulose-Bekämpfung“ und des Generals der Kavallerie von Pfuel, der namens des Zentralkomitees und der Preussischen Landesvereine vom Roten Kreuz den Volksheilstätten weiteren Fortschritt wünschte, nahm der erste Referent, Ministerialdirektor im Ministerium des Innern, Birl. Geh. Obermedizinalrat Prof. Dr. Kirchner, das Wort zu einem Vortrag über „die Erziehung der Frau zu einer antituberkulösen Tätigkeit“. Der Redner schilderte, daß zwar die Tuberkulose in den letzten dreißig Jahren dank der erfolgreichen Bekämpfung außerordentlich zurückgegangen sei (auf 100 000 seien 1912 150, dagegen 1876 330 Tuberkulosekranken gekommen), daß aber im Vergleich zu der Abnahme der übrigen übertragbaren Krankheiten die Abnahme doch noch gering sei, und hauptsächlich die Lebensalter, die der sozialen Geistesbildung unterliegen, betroffen. Von Osten nach Westen nehme die Krankheit zu, an der Spitze aber marschiere Berlin. Da müsse die Frau neben den Heilstätten und Fürsorgeanstalten helfend eintreten sowohl im Haushalt wie in der Krankenpflege.

Als zweiter Redner sprach Geheimrat Prof. Dr. Bier über die Sonnenbehandlung der chirurgischen Tuberkulose. Der Redner streifte eingangs die verschiedenen Behandlungsmethoden, die operative, von der man jetzt etwas zurückgekommen sei, dann die innere, wobei Lebertran und Jod noch immer gute Wirkung täten, kam dann zu dem Tuberkulin von Robert Koch, das, mit Vorsicht angewandt, ein sehr wertvolles Mittel sei und recht gute Erfolge gebracht habe. Hinzu kämen Seehospize, Höhenkurorte und Waldheilstätten; alle diese Mittel aber würden in den Schatten gestellt durch die Sonnenbehandlung der Tuberkulose, bei der die einzelnen Körperteile methodisch bestrahlt würden. In Höhenluft und bei brünnelnden Menschen habe diese Behandlung die besten Erfolge gezeigt. Auch in unseren Heilstätten habe man mit geschickter Auswahl der Sonnenstrahlen Erfolg gehabt, ja sogar in der Steinwüste Berlin unter den schlechtesten Verhältnissen sei ein großer Prozentsatz geheilt worden. So daß die Hoffnung bestehe, daß unsere Heilstätten, die unter günstigeren Bedingungen arbeiteten, vielen Hilfe bringen.

An Stelle des verstorbenen Stadtmedizinalrats Geheimrats Dr. Weber berichtete Stadtrat Dr. Gottstein-Charlottenburg über „die Gemeinden und die Tuberkulose“ und führte aus, daß die Gemeinden außer durch die Altersschwachen und die Kinderkrankheiten gerade durch die Tuberkulose wirtschaftlich außerordentlich belastet würden. Es sei Pflicht der Gemeinden, die Kranken in Heilstätten unterzubringen. Die Wohnungsfrage und ihre Lösung spiele bei der Bekämpfung der Tuberkulose eine wichtige Rolle. Alle Faktoren müßten da zusammenarbeiten, vor allem auch die Gesundheitspflege in der Schule und die Jugendfürsorge. Eine wichtige Aufgabe der Gemeinden sei die Schaffung von Sonderkrankenheimen, aber noch dringender sei es, die Organisation dahin zu ergänzen, daß für die Wiedererwerbsfähigen ein Arbeitsnachweis geschaffen werde.

Der Hauptgeschäftsführer der Internationalen Tuberkulose-Vereinigung, Prof. Dr. Kanner, gebachte des Festtages und erinnerte an die vorjährige Anregung, einen Welt-Tuberkulosekongress zu schaffen. Vorge schlagen sei, den Tag des längsten Lichts zu wählen, den 21. Juni; er forderte die Frauen des Deutschen Roten Kreuzes auf, den richtigen Tag finden zu helfen.

Die Vorträge fanden starkes Interesse und großen Beifall. Zum Schluß dankte der Vorsitzende, Generalarzt a. D. Werner, den Anwesenden für ihr Erscheinen.

## Ein russischer Dampfer mit 15 Mann gesunken.

Der russische Dampfer „Komet“ ist an der algerischen Küste infolge einer Explosion gesunken. Der Dampfer hatte eine Ladung Benzin und eine Besatzung von dreißig Personen. Die Katastrophe ereignete sich auf der Höhe von Sidi Aretuch, 30 Kilometer von Algier. Englischen, italienischen und französischen Dampfern gelang es, fünfzehn Personen, darunter die Frau des Kapitäns, zu bergen. Nach den übrigen fünfzehn Personen, die vermißt werden, ist von Torpedobooten bisher vergebens gesucht worden.



## Mexiko.

### Geringe Friedenssicht.

In amtlichen Kreisen der Union scheint man über die Aussicht erfreut zu sein, daß Guertta dem Vermittlungsvorschlag Gehör schenken werde, aber trotz aller Friedenshoffnung dürfen die Kriegsvorbereitungen in der Armee und der Flotte nicht nachlassen.

Carranzas vertrauter Agent Besquiera erklärte bezüglich der Vermittlungspläne, jeder auf den Frieden abzielende Vorschlag sei für die Rebellen annehmbar. Carranza habe befohlen, die Anstrengungen zur Eroberung von Tampico zu verdoppeln.

### Alle Fremden davongejagt.

Mit Ausnahme der panamerikanischen Eisenbahn, die von Guatemala die Westküste entlang führt, erhält Guertta den Betrieb sämtlicher mexikanischen Eisenbahnen mit eigenen Leuten aufrecht und hat alle Fremden davongejagt. Die letzte, von ihm übernommene Eisenbahn ist die Tehuantepec Nacional, die quer durch den Tehuantepec-Isthmus führt und gemeinsames Eigentum der Regierung und des Lord Cowdray ist. Die Veracruz- und Isthmus-Eisenbahn zwischen Tierra Blanca und Veracruz ist nicht in Betrieb, da die Brücke bei Boca del Rio, 8 Meilen von Veracruz, mit Dynamit in die Luft gesprengt worden ist.

### Deutschland rät zum Frieden.

Der deutsche Botschafter Graf Bernstorff sprach am Montag im amerikanischen Staatsdepartement in Washington vor und teilte Staatssekretär Bryan mit, Deutschland würde durch seine Gesandtschaft in Mexiko seinen Einfluß dahin ausüben, Guertta zu bewegen, daß er die Vermittlung annehme.

### Amerikanische Begeisterung über deutsche Hilfsbereitschaft.

Die „New York Times“ melden aus Galveston: Die hier aus Tampico eingetroffenen Flüchtlinge haben an den deutschen Kaiser eine längere Depesche geschickt, in der sie für das prompte Eingreifen des Kapitäns Köhler vom Kreuzer „Dresden“ danken, der sie vor dem Böbel in Tampico gerettet habe.

Der „New York Herald“, der über die Rettung der amerikanischen Flüchtlinge in Tampico durch das Eingreifen des Kapitäns Köhlers vom Kreuzer „Dresden“ einen längeren Bericht bringt, erklärt dazu in einem Leitartikel, die Haltung des Kapitäns Köhler bereite dem amerikanischen Volke aufrichtige Freude.

### Die deutsche Kolonie in Mexiko

befindet sich wohl und ist infolge der getroffenen Sicherheitsmaßnahmen guten Mutes.

### Deutschland, England und Frankreich vermitteln.

Washington, 27. April. Wie erklärt wird, hegt man in den Kreisen der hiesigen europäischen Diplomaten eine pessimistische Auffassung hinsichtlich der Vermittlungsvorschläge der südamerikanischen Republiken bezüglich Mexikos. In amerikanischen amtlichen Kreisen ist die Aktion Deutschlands, Englands und Frankreichs, Guertta die Annahme der Vermittlung nahelegen, mit großer Befriedigung aufgenommen worden.

### Mexiko nimmt die Vermittlung an.

Washington, 27. April. Der mexikanische Minister des Äußern Rojas hat dem hiesigen spanischen Botschafter mitgeteilt, daß er die Mediation annehme.

## Preussischer Landtag.

### Abgeordnetenhaus.

65. Sitzung vom Montag, 27. April.

(Mündlicher Bericht und Schluß; Anfang f. Dienstag-Morgenausgabe.)

### Zweite Beratung des Kultusetats.

#### Titel „Ministergehalt“.

Nachdem Abg. Dr. Dietrich-Braunsberg (Zentr.) seine bereits mitgeteilten Ausführungen gemacht hat, nimmt das Wort:

#### Kultusminister von Trott zu Solz:

Der Vorredner hat außer anerkennenden Worten über die Situation der Kirche eine mehr oder weniger herbe Kritik an den bestehenden Rechtszuständen und der Ausführung der Bestimmungen über die Niederlassung von Orden geübt. Er hat diese Ausführungen im wesentlichen an den Antrag, den der Abg. Vorzich und seine Freunde vorgelegt haben, angeknüpft. Dieser Antrag ist nämlich derselbe, der im Jahre 1901 hier schon zur Beratung gekommen ist. Damals ist eine Erörterung des Antrages hier vorgenommen worden; der Antrag wurde von der Mehrheit angenommen, und die Regierung hat ihre Stellungnahme zu Beginn des Jahres 1903 hier bekannt gegeben. Ich bin einigermassen überrascht gewesen durch diesen Antrag, der erst gestern zu meiner Kenntnis gekommen ist; denn ich sehe nicht, wie die Verhältnisse, die damals für die Stellungnahme der Regierung bestimmend gewesen sind, sich seither geändert haben. („Sehr richtig!“ b. d. Natl.) und ich sehe nicht, welcher äußere Anlaß gegeben ist, jetzt mit diesem Antrag hervorzutreten. Mein Vorgänger hat damals hier ausgeführt, daß die Regierung den Wünschen der katholischen Orden auf Niederlassung, namentlich wenn es sich um Orden, die sich der Krankenpflege widmen, handelt, in weitem Maße entgegenkomme. Er hat hinzugefügt, daß die Katholiken versichert sein dürfen, daß dies auch künftig der Fall sein werde. Und diese Zusage ist in vollem Maße eingehalten worden! Im Jahre 1902 wurden 19 000 Persönlichkeiten aus Orden, die sich der Krankenpflege widmen, festgestellt. Am 31. Dezember 1913 bestanden in Preußen 2508 Ordensniederlassungen mit 36 841 Mitgliedern (Lebh. Hör! Hör!). davon in der Krankenpflege 26 337 in 1989 Niederlassungen, und auf anderen Gebieten der christlichen Nächstenliebe außerdem 5056 Personen in 60 Niederlassungen. Ich glaube also, die Bemerkung auszusprechen zu können, daß die Zusage, in volstem Maße erfüllt worden ist. Die Gründe, die damals für die ablehnende Stellung bezüglich des Antrages hier mitgeteilt worden sind, will ich nicht im einzelnen wiederholen. Es ist in den achtziger Jahren eine abschließende Geseßgebung auf Grund von Vereinbarungen geschaffen worden, an der man festhalten sollte. Hervorheben möchte ich aber die großen Grundsätze, die das Verhältnis des Staates zur katholischen Kirche bestimmen.

Ich weiß ja, wie sehr den Katholiken die Orden am Herzen liegen, wie sie mit Liebe und Bewunderung auf diese Männer und Frauen blicken, die sich in hingebender christlicher Nächstenliebe für das Wohl der Armen und Kranken aufopfern und für sie ihr Leben hingeben. Das sind Gefühle, die man vollständig begreifen kann, und die man bis zu einem gewissen Grade als Nichtkatholik verstehen kann. Es ist auch begreiflich, daß die Katholiken auf diesem Gebiete sehr empfindlich sind, daß sie es nicht dulden wollen, daß die Orden und ihre Mitglieder irgendwie weniger gut behandelt werden als andere Staatsbürger, und daß sie wünschen, daß hier Licht und Sonnenschein gleichmäßig verteilt werden. („Sehr richtig!“ im Zentrum.) Das ist ja auch der Untergrund, auf dem Ihr Antrag beruht. („Sehr richtig!“ im Zentrum.) Aus dem Antrage

springt uns aber der Vorwurf entgegen, als wenn eine solche gleichmäßige Behandlung der Dinge tatsächlich nicht stattfindet. Wenn man sich den Tatsachen kühl und nüchtern gegenüberstellt, so wird man bei seiner Prüfung doch zu einer anderen Auffassung kommen. Die katholischen Orden lassen sich mit freien Vereinigungen für Krankenpflege nicht ohne weiteres vergleichen. Dafür, daß Katholiken sich zu freien Vereinigungen zusammenschließen, etwa um Krankenpflege zu üben, bestehen selbstverständlich nicht die mindesten Beschränkungen. Sie können sich gerade so frei vereinigen, wie alle anderen Staatsbürger. Aber solche freien Vereinigungen sind natürlich nicht in Vergleich zu stellen mit dem katholischen Orden; ebensowenig aber auch mit den evangelischen Diakonissenanstalten. Diese stehen zur evangelischen Kirche in einem viel loseren Verhältnis als die Orden zur katholischen Kirche. („Sehr richtig!“ links.) Es kommt hinzu, daß die evangelische Kirche selbst in einem ganz anderen Verhältnis zum preussischen Staate steht als die katholische. („Sehr richtig!“ links.) Den preussischen Staat und die evangelische Kirche trönt dieselbe Spitze. Die Mitglieder der kirchlichen Behörden werden vom König unter Mitwirkung des Staates ernannt. Alles das fällt bei der katholischen Kirche weg. Somit ist denn auch das Verhältnis des Staates zu ihr ganz anders geregelt. Unter den Rechten, die der Staat gegenüber der katholischen Kirche im Anspruch nimmt und nehmen muß, befindet sich auch das Hoheitsrecht gegenüber den katholischen Orden. Das ist von altersher rechtens gewesen, und daran muß der Staat festhalten, um so mehr, wenn die Bevölkerung so konfessionell gemischt ist wie bei uns. Abgesehen nehmen auch andere Staaten ein solches Hoheitsrecht gegenüber den Orden für sich in Anspruch, auch katholische Staaten. In Spanien, Österreich, Ungarn, Bayern finden Sie dieselben Beschränkungen wie bei uns. Es handelt sich hier um eine grundsätzliche Frage, von der man nichts abstrudeln soll. In der Praxis haben wir aber weitgehendes Entgegenkommen geübt, namentlich wenn es sich um charitative Orden handelt, die sich der Krankenpflege widmen, und bei denen ein solches Entgegenkommen auch angezeigt ist. Meine Zahlen sind ein deutlicher Beweis für die Größe dieses Entgegenkommens. Ihnen gegenüber fallen die paar Ablehnungen gar nicht ins Gewicht. Von der Fülle der Anträge sind 1913 nur fünf abgelehnt worden. Daß an der grundsätzlichen Stellung aber nicht gerüttelt werden darf, liegt im Interesse der katholischen Kirche selbst. Es werden Angriffslinien dadurch vernichtet. Es wirkt vorbeugend. Das wird von einsichtigen Katholiken selbst anerkannt. Ich stelle von neuem in Aussicht, daß wir die eingehenden Anträge auch in Zukunft wohlwollend prüfen werden, muß Sie aber bitten, den Antrag vor sich abzulehnen. Bezüglich der Frage der Rechtsfähigkeit der Niederlassungen habe ich Ermittlungen anstellen lassen, die jetzt abgeschlossen sind. Wir sind auch bereits in die Erörterung des Ergebnisses eingetreten. Diese aber ist noch nicht abgeschlossen, so daß ich heute zu diesem Antrage noch nicht Stellung nehmen kann. (Vereinzelter Beifall links.)

Hierauf schlossen sich die Reden der Abg. Dr. v. Campe (natl.), Bierack (freil.) und Eichhoff (Fortfchr. Volksp.).

#### Abg. Frhr. Schenk zu Schweinsberg (kons.):

Die großen Anforderungen für Wohlstand beweisen, daß Preußen kein rückständiger Staat ist. Die Eigenart des preussischen Staates ist sein paritätischer Charakter. Daran wollen wir festhalten. Für besondere Lasten einer Gemeinschaft kann nicht die Gesamtheit des Staates eintreten. Da muß die Gemeinschaft der Gläubigen helfen. Anderslautende Anträge lehnen wir grundsätzlich ab. Die Schule bedarf des ruhigen Wachstums. Nichts ist schädlicher als Probieren und Experimentieren. („Sehr richtig!“ rechts.) Die bisherige Art der Erteilung des Religionsunterrichts ist ein Schmerzenskind unserer höheren Schulen. Auch wir wünschen eine wissenschaftliche Vertiefung des Unterrichts, aber nicht eine wissenschaftliche Vertiefung der Religion. („Sehr richtig!“ rechts.) Für die Religionslehrer sollen Instruktionen fester eingerichtet werden. Wir wollen einen christlichen Religionsunterricht, nicht einen solchen, bei dem die Worte des Vortragenden eben nur Worte sind mit denen er innerlich nichts gemeint hat. Die Anträge des Zentrums sind im wesentlichen berechtigt. Es handelt sich nicht um eine allgemeine Zulassung der Orden. Der Dienst an Kranken und Armen darf nicht eingeschränkt werden, auch sollte man die Tracht der Krankenorden schätzen. Ich hoffe, daß der reich ausgestattete Kultusetat unserem Volksleben zum Segen gereichen wird. (Beifall rechts.)

#### Abg. Strehniski (Pole):

Seit 7½ Jahren ist der Posten des Erzbischofs von Posen und Gnesen vacant, und noch immer hören wir nichts davon, daß ein neuer Erzbischof dort eingesetzt ist. Der Staat hat nach der Vereinbarung von 1821 keinen Einfluß auf die Wahl. Die Diöcese hat doch ein Recht darauf, endlich einen neuen Erzbischof zu bekommen. In Posen und Westpreußen sind viel weniger Orden zugelassen als in den anderen Landesteilen; ich weiß, daß in einem Falle die Niederlassung auf Veranlassung des Ostmarienerzstifts verweigert wurde. Sehr bedauerlich waren die jamaikanischen Vorgänge in der St. Pauluskirche in Moabit, wo die evangelischen Schulleute in die katholische Kirche einbrangen. Die eigentliche Ursache war die unzulässige Einmischung der Staatsregierung in die inneren Angelegenheiten der katholischen Kirche. Die Regierung hatte absolut kein Recht, sich in den Religionsunterricht der polnischen Kinder einzumischen. Die Regierung geht überhaupt aus rücksichtslos gegen die Polen vor, sowohl in den höheren Beamtentum, als auch in den Volksschulen. Mit ganz wenig Ausnahmen wird selbst der Religionsunterricht in deutscher Sprache erteilt, von 800 000 polnischen Kindern haben nur 90 000 einen polnischen Unterricht. Dieses unnatürliche System rächt sich an sich selbst. Von den polnischen Schülern werden durchschnittlich 33 Prozent nicht verfehlt. Angesichts der Unterdrückung unserer Muttersprache in den Schulen sind wir auf polnischen Privatunterricht angewiesen. Aber auf Schritt und Tritt werden wir auch auf diesem Gebiete verfolgt. Ohne Angabe von Gründen wird in rechtswidriger Weise auch die Erteilung von polnischem Privatunterricht verboten. Der Redner sucht das durch eine Reihe von Einzelfällen zu belegen.

#### Staatsminister von Trott zu Solz:

Der Vorredner hat seine alte Methode auch diesmal angewandt, indem er eine Reihe von Einzelfällen aufzählte und sie in einer tendenziösen, seinen polnischen Interessen, nach seiner Meinung entsprechenden Weise darstellte, um daran wieder die heftigsten Angriffe gegen die Regierung zu knüpfen. Ich will darauf nicht näher eingehen. In einem Fall ging aber die Sache denn doch so weit, daß ich sie richtig stellen muß. Der Vorredner führte die Moabiter Vorgänge, die er als Skandalös bezeichnete, auf die preussische Regierung zurück. Wie war die Sache? Die Polen hier in Berlin hatten sich nicht gescheut, ihre politische Agitation in die heiligen Räume der Kirche hineinzutragen. („Sehr richtig!“ rechts, lebhafter Beifall von den Polen: „Nicht wahr!“) Die Geistlichkeit mußte sich nicht anders zu helfen, als daß sie die Polizei zu Hilfe rief, und das nennt dann der Abgeordnete eine Einmischung der preussischen Regierung in die Angelegenheit der katholischen Kirche! Er muß als Geistlicher wissen, daß die Regierung niemals eine Anordnung darüber getroffen hat, in welcher Sprache der Religionsunterricht erteilt ist. Auch die preussische Regierung sieht das als eine Angelegenheit der Kirche an und greift hierin nicht ein. Ich bitte Sie, das übrige, das der Abgeordnete sagte, nach dem zu beurteilen, was ich soeben richtiggestellt habe. Dem Vorredner aber rate ich, wenn er seiner Sache dienen will, seine Be-

schwerden in anderer Weise vorzutragen, als es es eben getan hat. (Lebhafter Beifall rechts. Unruhe bei den Polen.)

#### Abg. Stroebel (Soz.):

Nicht nur in den höheren, sondern auch in den Volksschulen muß der Religionsunterricht in wissenschaftlicher Weise erteilt werden. Für die Richtigkeit des Kaiserbriefes hat sich der Abg. Jaeger verbürgt. Auf das offiziöse Dementi ist nicht viel zu geben: die „Volk“ hat erklärt, die „Norddeutsche Allgemeine Ztg.“ sei da, um beruhmäßig die Unwahrheit zu sagen. Die „Freie Zeitung“ hat geschrieben, der Brief sei auch liberalen Politikern bekannt gewesen. Wir sind gegen das Jesuiten-geseß, wie gegen jedes Ausnahmeseß. Für Aufhebung von Ausnahmebestimmungen gegen die Sozialdemokraten ist aber das Zentrum nicht zu haben; es treibt Heuchelei; wenn es nur für sich Aufhebung von Ausnahmebestimmungen fordert. Auch die jüdische Religion muß anerkannt werden. Zur Beendigung des Streites der Liberalen und Orthodoxen in der evangelischen wie in der katholischen Kirche sollte man alle Kirchen vom Staate trennen. Der Streit um das Apostolikat raubt der protestantischen Kirche den letzten Halt. Wir sind entschieden gegen jeden zwangsweisen Religionsunterricht in den Schulen. Die Nationalliberalen haben 1906 die konfessionelle Schule zum Prinzip erhoben und dadurch das Schicksal der Simultanerziehung besiegelt. Wir verlangen die Einheitschule. (Beifall bei den Soz.)

Hierauf wird die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr tagt. Schluß 5¼ Uhr.

## Bur Tagesgeschichte.

### Keine neue Flottenvorlage.

Die „Vossische Zeitung“ wendet sich in längeren Ausführungen gegen den angeblich bestehenden Plan, im Herbst dem Reichstage eine neue Flottenvorlage zu unterbreiten. Von einem solchen Plane ist in gutunterrichteten Kreisen, wie uns unser Berliner Vertreter mitteilt, nicht das geringste bekannt. Wie der Staatssekretär des Reichsmarineamts bei der zweiten Lesung des Marineetats im Reichstage wiederholt betont hat, werden sich alle kommenden Forderungen für die Flotte durchaus im Rahmen des bestehenden Flottengesetzes bewegen.

### Deutschland und England in Afrika.

Ein Berliner Telegramm der „Bölnischen Zeitung“ meldet: Zu den zahlreichen phantastischen Meldungen, die seitdem Deutschland und England in Verhandlungen über die Abgrenzung kolonialer Interessen in Afrika eingetreten sind, über Inhalt und Ergebnis dieser Verhandlungen verbreitet werden, gefügt sich eine neue, die der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ von London zugeht. Es ist überflüssig, auf den Inhalt dieser Meldung näher einzugehen. Es genügt festzustellen, daß sie ein Erzeugnis journalistischer Phantasie ist.

Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ hatte von einem Abkommen zwischen Deutschland und England über eine eventuelle Aufteilung des portugiesischen Kolonialbesitzes in Afrika gesprochen, wonach Deutschland die westafrikanischen Besitzungen Portugals und England die ostafrikanischen übernehmen sollte gegen eine entsprechende Entschädigung an Portugal.

## Deutsches Reich.

\*\* Der Herzog und die Herzogin von Braunschweig werden in der ersten Hälfte des Juni ihren Antrittsbesuch in München abhalten. Der Herzog wird dann noch einmal zu dem vom 20. bis 22. Juni stattfindenden 100jährigen Jubiläum des 1. Schweren Reiter-Regiments nach München kommen.

\*\* Kronprinz Georg und Prinz Friedrich Christian von Sachsen sind in Metz zur Besichtigung und zu Informationszwecken eingetroffen. Der Aufenthalt ist für die Dauer von fünf Tagen berechnet. In Aussicht genommen ist neben der Inspizierung des sächsischen Infanterie-Regiments eine Besichtigung der Schlachtfelder.

\*\* Statthalter v. Dallwitz reist, der „Tägl. Rundschau“ zufolge, Mittwoch, den 29. nach Straßburg und wird die Amtsgeschäfte am 1. Mai übernehmen. Eine Zusammenkunft des Statthalters mit dem Kaiser in Kolmar ist für die ersten Maitage in Aussicht genommen. Der Kaiser reist von Karlsruhe nach Kolmar, Metz und Diedenhofen. In Kolmar findet eine militärische Übung statt, in Metz und Diedenhofen beabsichtigt der Kaiser den Fortschritt der Befestigungsarbeiten in Augensicht zu nehmen. Während der ganzen Reise dürfte Statthalter v. Dallwitz den Kaiser begleiten. Ein Besuch des Kaisers in Straßburg ist nicht vorgesehen.

\*\* Todesfall. Der Präsident des Statistischen Landesamtes Evert ist in Berlin im Alter von 57 Jahren gestern früh gestorben.

\*\* Ein Nachtragsetat. Dem Reichstag wird in den nächsten Tagen ein umfangreicher Nachtragsetat zugehen. Durch diesen Nachtragsetat wird aber keine neue Ausgabe veranlaßt. Es befinden sich zwar darin verschiedene neue Forderungen. Die Aufstellungen für diese Forderungen werden aber dadurch ausgeglichen, daß man andere Forderungen fallen gelassen hat.

\*\* Eine erhebende Doppelfeier. Über das Festmahl, das von dem Offizierkorps des 3. Garde-Regiments zu Fuß zur Feier des Doppeltages veranstaltet wurde, wird der „Deutsche Tageszeitung“ von einem Teilnehmer nachträglich folgendes mitgeteilt: Als Gäste des Offizierkorps nahmen einige alte Doppeltürme aus dem Unteroffiziers- und Wachtmeisterstande teil. Einer von ihnen, der alle drei Feldzüge mitgemacht hatte, erhob sich gegen Ende des Mahles zu einer Rede, in der er u. a. ausführte, daß wir unsere großen, herrlichen Siege doch in allererster Linie unserm Herrgott danken zu danken hätten. Daran knüpfte er die Bitte, diesem Gefühl erneut Ausdruck zu geben durch den gemeinsamen Gesang des Liedes: „Nun danket alle Gott.“ Dieser bei einem Festessen etwas ungewöhnliche Vorschlag weckte wohl im ersten Augenblicke einige Überraschung; aber alsbald erlangen von allen Seiten Zustimmung und Beifall. Die Musik setzte sofort ein, und die ganze Festversammlung erhob sich und sang den ersten Vers des Liedes, worauf der alte Krieger unter lebhaftem Beifalle seine Rede fortsetzte und schloß. Auf alle Festteilnehmer machte der Vorgang einen tiefen, unaussprechlichen Eindruck.

\*\* Auf dem 4. Preussischen Richtertage, der am 1. und 2. Juni in Bielefeld stattfindet, werden Prof. Dr. Voenhaf über die Betätigung des Richters im öffentlichen und im wirtschaftlichen Leben, Landgerichtsdirektor Freytag-Torgau über die Vereinfachung des Geschäftsganges bei den Justizbehörden sprechen.

\*\* Änderung der Landtagsordnung in Sachsen. Die sächsische Zweite Kammer beschäftigte sich in ihrer gestrigen Nachmittagsitzung mit einem vom Direktorium des Hauses einge-



brachten Anträge betreffend die Änderung der Landtagsordnung. Der Minister des Innern, Graf Bismarck von Göttingen, erklärte, daß die Regierung kein dringendes Bedürfnis einer Änderung der Landtagsordnung anerkennen könne. Der Minister äußerte besonders Bedenken gegen die Einführung der sogenannten kurzen Anträge und gegen die Gleichstellung der innerhalb und außerhalb Dresden wohnenden Abgeordneten bezüglich der Wahlen. Der Antrag des Direktoriums wurde schließlich einem aus sieben Mitgliedern bestehenden Ausschusse zur Weiterberatung überwiesen.

### Luftschiffahrt und Flugwesen.

Die wissenschaftliche Gesellschaft für Flugtechnik, die in Dresden tagte, nahm einen Antrag auf Änderung des Namens der Gesellschaft in wissenschaftliche Gesellschaft für Luftfahrt an. Es wurde beschlossen, an den Protektor, Prinz Heinrich von Preußen, der durch seine südamerikanische Reise an der Teilnahme verhindert ist, ein Telegramm zu senden. Als Ort der nächsten Tagung wurde Hamburg gewählt.

Das Ende des „Bech“-Luftschiffes. In der Luftschiffhalle in Düsseldorf wird, wie jetzt öffentlich angezeigt wird, das Luftschiff „Bech I“ versteigert werden. Diese Versteigerung bedeutet das Ende einer Luftschiffahrt, die zu großen Hoffnungen berechtigt schien. Der Erfinder, Ingenieur Bech, hat nach mehrjährigen Versuchen mit dem halbstarren System schließlich ein ganz aus Stahl gebautes Luftschiff hergestellt, dessen Modell auch in Berlin auf der All-Ausstellung im Zoo ausgestellt war und in Fachkreisen Anerkennung fand. Bei den Probefahrten zeigte der Stahlflugzeuger „Bech I“ recht gute Qualitäten; doch war ihm keine lange Lebensdauer beschieden. Die Geldmittel der zu seiner Verwertung gegründeten Gesellschaft gingen zu Ende, die Hoffnung auf Ankauf durch die Reichsregierung fehlte, und schließlich starb auch anfangs dieses Jahres der Erfinder im künftigen Mannesalter. Das Luftschiff wurde nach seinem Tode auseinandergenommen. Das Ende dieses Luftschiffes ist zu bedauern, da man bei größeren verfügbaren Geldmitteln voraussichtlich doch gute Erfolge hätte erzielen können.

### Balkan.

Aus dem Reichs Minister. Der Minister des Innern Goltz und der Kultusminister Mischkowsky haben ihre Entlassung gegeben. Der Vizepräsident der Stupschina, Scherowitsch, der seinerzeit wegen einer Bombenexplosion verurteilt worden war, ist zum Kultusminister, der Abgeordnete Wuletsch zum Minister des Innern ernannt worden.

### Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 28. April.

#### Großfeuer.

Gestern abend um 1/9 Uhr wurde die Feuerwehr auf die Grundstücke der Kaserne-Maubanten bei Golenischin gerufen, wo ein größerer Schuppen mit Baumaterialien usw. auf bisher unermittelte Weise in Brand geraten war. Der Brand war bei Ankunft der Feuerwehr ziemlich weit vorgeschritten, so daß die in der Nähe befindlichen Holzkapel in ernste Gefahr gerieten. Die Bekämpfung des Feuers war außerordentlich schwierig, da auf der Brandstelle eine ausreichende Wasserleitung nicht zur Verfügung stand und ein für den Bauunternehmer provisorisch verlegtes Wasserrohr abgesperrt war und erst nach geraumer Zeit geöffnet werden konnte. Die Feuerwehr rückte nach Beseitigung der Gefahr gegen 1/11 Uhr wieder ab.

Die Überführung des „3. 5“ von Johannistal nach Posen scheint auch heute noch nicht vor sich gehen zu wollen. Wenigstens lag bis heute früh 9 Uhr an den amtlichen Stellen eine Nachricht von einem Aufstieg des „3. 5“ in Johannistal am heutigen Morgen nicht vor.

Ordensverleihungen. Dem Rektor Hensel in Strassburg in Westpr. ist der königliche Kronorden vierter Klasse und dem Lehrer a. D. Spielmann in Oliva, Kreis Danziger Höhe, der Adler der Inhaber des königlichen Hausordens von Hohenzollern verliehen worden.

Der Wasserstand der Warthe betrug hier heute früh 0,88 Meter, gegen + 0,94 Meter gestern früh.

P. Zabikowo, 27. April. Der Evangelische Jünglingsverein veranstaltete am Sonntag abend eine Duppelfeier auf dem Marktplatz, auf dem ein flammender Holzstoß zum Himmel loderte. Pastor Schatz als Vorsitzender hielt eine Ansprache an die zahlreich versammelten Anwesenden, die mit dem Kaiserhoch schloß. Der Vorsitzende verabschiedete die Feier durch verschiedene Darbietungen. Zum Schluß bildeten die Kinder einen Reigen um den brennenden Holzstoß unter Absingen patriotischer Lieder.

Schwerz, 27. April. Infolge Um- bzw. Erweiterungsbaues der evangelischen Kirche werden die Gottesdienste bis auf weiteres in der Kapelle des Friedhofes an der Bahnhofstraße abgehalten. Die Schießbänke feiert in der Zeit vom 14. bis 21. Juni d. Js. ihr 150jähriges Stiftungsfest verbunden mit Fahnenweihe. Die Arbeiten zur Erweiterung der Schießbänke sind schon in flottem Gange.

Schwarzau, 27. April. Der Regierungspräsident hat den Brandmeister der freiwilligen Feuerwehr Maurermeister Wutke, und seinen Stellvertreter Aderbinger Stensche für die Dauer und den Umfang von Vandalen in der Stadt Schwarzau als Polizeibeamte auf Poststellen bestätigt. Zum Gemeindevorsteher in Bylatowo wurde der Landwirt Johann Wiskiewicz gewählt.

Sch. Zerlow, 27. April. Gestern mittag sind in Kaszewy Gemeinde drei Scheunen der Witte Arndt, Strzypczak und Marecki vollständig niedergebrannt. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Die Brandursache ist nicht bekannt.

Buk, 27. April. Um ein einheitliches Ziel in der Kinderschulung zu erhalten, sind bei der diesjährigen Frühjahrsprüfung 34 Kinder nur von den schwarzbunten Wiedergänger (Holländer) für den Kreis Grätz angeführt worden. Auch das Geld ist einheitlich auf 210 Mark festgesetzt. Der Lehrer Cwojdowski aus Uscienice ist aus dem öffentlichen Schuldienste entlassen worden.

Kösten, 27. April. Vom Regierungspräsidenten ist jetzt auch noch der Regierungsreferendar Reichmer von der Regierung in Posen vom 1. Mai ab der hiesigen städtischen Verwaltung zur Ausbildung in den Geschäften der städtischen Verwaltung überwiesen worden.

Gnesen, 26. April. Der Musikier S. vom hiesigen Infanterie-Regiment war als Bursche bei einem Offizier kommandiert. Diese Stellung benutzte er dazu, Waren auf den Namen seines Offiziers zu entleihen. Als man der Untreue auf die Spur kam und den Burschen verhaften wollte, verschwand er so eilig, daß er nicht einmal die Stiefel anlegte, sondern auf Pantoffeln das Weite suchte. Bis heute sind alle Ermittlungen nach dem Täter erfolglos geblieben.

Mroschke, 24. April. Die Stadtverordneten wählten zum Kreisabgeordneten Bürgermeister Müller. Auf Antrag des Magistrats beschloß die Versammlung, den Magistrat zu beauftragen, Vorarbeiten für die dringende notwendige Pflasterung der Lohseiner Straße in die Wege zu leiten. Die Anschaffung eines Fernsprechers für die Bureauräume wurde genehmigt. Die Freiwillige Feuerwehr wählte zum Vorsitzenden der Wehr Bürgermeister Müller.

Wongrowitz, 26. April. Im Dzielowski'schen Hause zu Rgielko wurde eine Hochzeit gefeiert. Als das Brautpaar und die Gäste zur Kirche gefahren waren, brach in der Wohnung Feuer aus, das immer weitere Ausdehnung gewann. Das Feuer sprang auf die Nachbargebäude über und schließlich wurden drei Häuser eingeäschert. Nach den bisherigen Ermittlungen sollen spielende Kinder den Brand verursacht haben.

Wilkow, 27. April. Unser Magistrat hat eine dankenswerte Umformung des hiesigen Armenwesens eingeführt. An Stelle der von der Armendeputation festgesetzten Armenunterstützung in barem Gelde werden hinfort nur entsprechende Gutscheine den Bedürftigen ausgehändigt. Diese Gutscheine können von den Armen bei Einkäufen in den einheimischen Geschäften in Zahlung gegeben werden. Dieses Verfahren hat sich bisher gut bewährt.

Wißel, 27. April. Gestern fand in der evangelischen Pfarrkirche die Einführung des aus Bagnitz i. Westpr. auf die hiesige Pfarrstelle berufenen Pfarrers Gottlieb Stolsenburg statt. Um 10 Uhr begann der Gottesdienst, bei dem der bisherige Pfarrverwalter Pfarrer Schoeder aus Groß-Elbingen assistierte. Superintendent Müller aus Weizenhöhe vollzog die Einführung und hielt in seiner Ansprache den neuen Pfarrer herzlich willkommen. Sodann hielt Pfarrer Stolsenburg seine Amtseinführungsvorrede. Einige mehrstimmige Lieder trugen zur Verschönerung der Feierlichkeit bei. Unmittelbar nach dem Gottesdienst fand eine Gemeindefriedenssitzung statt.

Bromberg, 27. April. Von den an der militärischen Fliegerübung Königsberg-Dt.-Gulau-Grandenz Bromberg-Schneidemühl beteiligten Flugzeugen trafen heute vormittag acht Doppeldecker, von Graubenz kommend, hier ein und gingen auf dem Gierzierplatz an der Schubiner Chaussee nieder. Drei stiegen alsbald wieder auf und setzten den Flug nach Schneidemühl fort. Zwischen 4 1/2 und 5 Uhr nachmittags landeten dann noch fünf Kumpfler. Die Flugzeuge wurden in Zelten untergebracht. Morgen vormittag soll der Weiterflug nach Schneidemühl stattfinden und dort die militärische Fliegerübung beendet werden. Das Eintreffen der Flugapparate hatte ein nach vielen Tausenden zählendes Publikum nach dem Landungsplatz gelockt. Alle Flugzeuge landeten glatt ohne jeglichen Unfall.

Landenberg a. W., 25. April. In Gorgast vergrub die Arbeiterin Misotela ihr neugeborenes Kind lebendig auf dem Ader. Die entmenschte Mutter wurde festgenommen.

Röslin, 27. April. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß am Montag nachmittag in geheimer Sitzung die durch die Verhaftung des zweiten Bürgermeisters „Alexander“ erledigte Stelle nicht mehr auszufüllen, sondern unter drei in Frage kommenden Kandidaten zu wählen. Ferner stimmte die Versammlung einem Projekt zu, nach dem in Röslin ein Flugplatz errichtet werden soll. Das Objekt beträgt über eine Million Mark. Neben eine Zivil-Fliegerschule soll eine solche für Militärlieger errichtet werden.

### Aus dem Gerichtssaal.

Röslin, 27. April. Der Musikier Schüller vom Infanterie-Regiment Nr. 131 in Deutz wurde vom Kölner Gouvernementsgericht wegen tätlichen Angriffes auf seinen Vorgesetzten zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

### Bureauvorsteher Müller wegen Totschlags zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Breslau, 27. April. Schwurgericht. Heute vormittag begann vor dem Breslauer Schwurgericht die Verhandlung gegen den Bureauvorsteher Müller, der bekanntlich vor drei Wochen die Stenotypistin Maria Kupprecht erschossen hat. Der Angeklagte wurde mit Handschellen gefesselt in den Saal geführt, die ihm auf der Anklagebank abgenommen wurden. Als Zeugen waren u. a. die Eltern der Getöteten und des Angeklagten und Rechtsanwalt Dr. Cahn geladen. Der Angeklagte zeigte sich im Gerichtssaal ruhig und gefaßt. Der von ihm zu der Tat benutzte Revolver lag auf dem Gerichtstische.

Bei seiner Vernehmung ging der Angeklagte kurz auf seine Jugendzeit ein, in der er mehrfach schwere Krankheiten zu überstehen hatte. Sein mangelhafter Gesundheitszustand zwang ihn zu mehrmaligem Berufswechsel. Am 1. Juli 1913 wurde er als Bureauvorsteher im Bureau des Rechtsanwalts Dr. Caga angestellt, und am 10. Oktober desselben Jahres trat die damals 14jährige Tochter Martha des Amtsgerichtskassellans Kupprecht als Maschinenschreiberin bei demselben Rechtsanwalt in Stellung. Müller hatte bald eine tiefe Neigung zu dem jungen Mädchen gefaßt, das ihn jedoch von Anfang an abweis. Als er am 9. Februar 1914 abends nach Bureauaufschluß längere Zeit vergeblich auf der Straße auf sie gewartet hatte, ging er, von Eifersucht auf seinen Chef geplagt, nochmals zum Bureau hinauf und klopfte an der verschlossenen Eintreitre. Da ihm ihm öffnenden Rechtsanwalt sagte Müller, er wolle ein von ihm vergessenes Buch abholen. Er wurde eingelassen und entfernte sich dann sofort wieder. Müller, der jetzt seine Eifersucht begründet glaubte, trug sich seit dieser Zeit mit dem Entschluß, das Mädchen und sich zu töten. Am 6. April morgens, als das Mädchen das Bureau bereiten hatte, sagte Müller: „Wenn Sie mir jetzt nicht aufhören, dann erleben Sie und ich die Osterfeiertage nicht mehr!“ Wie gewöhnlich wehrte die Kupprecht den Juchzungen ab, besonders weil er sie diesmal bei der Annäherung auch gefaßt hatte. Da zog nun Müller seinen Revolver hervor und feuerte einen Schuß nach dem Mädchen ab, der über dem linken Ohr ins Gehirn einbrang und den Tod der Verletzten zur Folge hatte. Nach der Tat hat Müller angeblich zunächst beabsichtigt, sich selbst auch zu töten. Ihm fehlte jedoch der Mut dazu. Er schlüpfte dann nach Trebnitz, wo tags darauf seine Verhaftung erfolgte.

Nach etwa siebenstündiger Verhandlung erfolgte der Urteilspruch, der wegen Totschlags auf

10 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust lautete. Müller nahm das Urteil ruhig entgegen.

### Sport und Jagd.

sr. Trabrennen zu Mariendorf, 27. April. Preis von Farnsen. 1700 Mk. 1. J. Dieckhöfers Kathalie (Freundt). Hans Medium (O. Semer). 2. Nüfel (Tiphon). — Preis von Seide. 1700 Mk. 1. Gert. Augustenhöhs Seriana (Ch. Mills). 2. Reichsbote (Sinoraghi). 3. Boma (Panfon). — Preis von Bahrenfeld. 2100 Mk. 1. Gert. Augustenhöhs A. S. (Ch. Mills). 2. Nordorn (Wiltshire). 3. Anga Pequena (Weiß). — Preis von Dagling. 1700 Mk. 1. Gert. Kochs Mr. Fox (Ch. Mills). 2. Penelope (Dieffenbach). 3. Irene Gzio (Wiltshire). — Preis von Rühleben. 1400 Mk. 1. W. Brummers Duette (Weißer). 2. Dabliste (F. Krause). 3. Alice Waincott (O. Ferner). — Preis von Mariendorf. 4500 Mk. Stichfahren. 1. Steden. 1. Gert. Augustenhöhs Blad Jim (Ch. Mills). 2. Magowan (Groschmann). 3. George Reg (Wiltshire). — II Steden. 1. Gert. Augustenhöhs Blad Jim (Ch. Mills). 2. Magowan (Groschmann). 3. Jaculor II (Magow).

sr. Rennen zu Hamburg-Sorn. 27. April. Herren - Reiten. Ehrenpreis und 5000 Mark. 1. H. Neumanns Blad Swan (Hr. Burgholt). 2. Boynton (Haberger). 3. Maroffo (Leut. Meyer). — Montags-Handicap. 12000 Mark. 1. H. Daniels Drinoco (Archibald). 2. Monolog (Davies). 3. Landsknecht (Wedgewood). — Godeffroy-Rennen. Ehrenpr. 15000 Mk. 1. C. Fröhlichs Genid a S (Sharwell). 2. Granada (F. Winter). 3. Ruppnergal (Kennedy). Tot.: 113:10. Pl.: 30. 15:10. — Volksdorfer-Handicap. 6000 Mark. 1. Graf Scidius-Sandregis Curier (F.

Lane). 2. Parvati (Davies). 3. Marotte (W. Bläschke). — George Vandmann - Jagd - Rennen. 4000 Mark. 1. J. Dides. Stroblume (St. Braune). 2. Glibustier (St. Febr. v. Berchem). 3. Bido (St. Graf Gold). — Frühjahrs-Handicap. Ehrenpreis und 7000 Mk. 1. G. Kochs Holly Head (St. Febr. v. Berchem). 2. Gerolstein (Purgold). 3. Festival (St. v. Blaten Pus.)

### Furchtbare Tat eines Vaters.

In Hamburg hat der seit einigen Tagen von seiner Frau getrennte lebende Fabrikarbeiter Schreyer seinen drei Kindern die Kehle durchgeschnitten und sich darauf erhängt. Die Tat wurde entdeckt, als die Frau sich nach dem Befinden der Kinder erkundigen wollte.

### Telegramme.

#### Ein Spion und Legions-Werber?

Strasbourg i. El., 28. April. (Privattelegramm.) In Metz erregte die Verhaftung des Großschlächters Furlin Aufsehen, bei dem eine gründliche Hausdurchsuchung stattgefunden hatte. Es soll sich um Spionage und Anwerbung für die Fremdenlegion handeln.

#### Das Befinden des Kaisers Franz Joseph.

Wien, 27. April. Dem Abendbulletin zufolge machte die Lösung des Katarakts beim Kaiser den heutigen Tag über keine Fortschritte. Der Hustenreiz ist mäßig, Auswurf genügend. Der Kaiser verweilte eine halbe Stunde in der Kleinen Galerie im Sonnenschein. U. a. empfing der Kaiser den Grafen Berchtold in Audienz.

#### Tauschgeschenke für die Braunschweiger Taufe.

Wien, 28. April. (Morgenbl.) Zu den Tauffeierlichkeiten in Braunschweig sind als Geschenk des Herzogs von Cumberland mehrere Hofgalarwagen in Gmunden eingetroffen.

#### Das Befinden des Königs Gustav.

Stockholm, 27. April. Das heute abend über das Befinden des Königs ausgegebene Bulletin lautet: Die Besserung im Befinden des Königs schreitet normal fort. Der König bringt den größten Teil des Tages im Bett zu, kann sich aber täglich kurze Zeit im Freien aufhalten.

#### Pluralwahlrecht in England.

London, 28. April. Das Pluralwahlrechtsgesetz ist in 2. Lesung mit einer Mehrheit von 77 Stimmen angenommen worden.

#### Brand im Hafen von Genua.

Genua, 28. April. Im Alten Hafen hat eine Feuersbrunst einen Schaden von 1/4 Millionen angerichtet.

#### Strenges Vorgehen gegen die Usterrebelln.

London, 28. April. (Privattelegramm.) Die Nachrichten über die Parlamentsverhandlungen sowie die Erklärung, die der Ministerpräsident im Namen der Regierung abgegeben hat, daß die Regierung fest entschlossen sei, in der Somerville-Frage vorzugehen, hat große Erregung hervorgerufen. Die Regierung hat nach der „Daily Mail“ Schiffe nach dem Hafen Vargs abgehen lassen, wo sie gestern um Mitternacht ankamen. Die Namen der Schiffe sind nicht bekannt, es sollen keine Kreuzer sein. Der Oberbefehl über die Polizei in Belfast und Vargs ist in militärische Hände übergegangen. Die im Hafen von Vargs angekommenen Schiffschiffe sollen Order haben, nach Irland zu fahren. In Dublin stehen jetzt 5 Regimenter Infanterie und 2 Regimenter Kavallerie.

London, 27. April. Auf verschiedene Anfragen Lord Lansdownes im Oberhause erwiderte Marquis of Crewe, erstens sei die Regierung keine Truppenbewegung von Dublin gemeldet worden und es sei vom Kriegsrat keine Weisung zu solchen Truppenbewegungen gegeben worden, zweitens könne er über beabsichtigte Truppenbewegungen nichts sagen. Hinsichtlich der Frage, ob die Regierung ernste Anzeichen in Uster befürchtet, erwiderte er, daß die Regierung nach den ihr zugegangenen Mitteilungen und auf Grund der Erfahrungen, die sie gemacht habe, handeln müsse. Weitere Mitteilungen könne er nicht machen.

#### Rußland und die türkischen Finanzen.

Konstantinopel, 27. April. Zwischen der Türkei und Rußland ist in der Angelegenheit der 4% Zollerhöhung sowie betr. der Ernennung eines russischen Delegierten in den Verwaltungsrat der Dette Publique Ottomane infolge der vom türkischen Finanzminister mit dem russischen Botschafter geführten Verhandlungen ein Einvernehmen erzielt worden. Bemerkenswert ist, daß der russische Delegierte als Vertreter Rußlands in den Verwaltungsrat eintritt, während die anderen Delegierten die Syndikate der betreffenden Bondholder, also Private vertreten.

#### Die griechischen Truppen räumen Nordepirus.

Athen, 27. April. Wie die „Agence d'Athene“ meldet, haben die griechischen Truppen Nordepirus vollständig geräumt.

#### Wieder ein Erdbeben am Panamakanal.

Neugorl. 28. April. Am Panamakanal hat ein Erdbeben die Gacharacha stattgefunden und die Arbeit der letzten Monate vernichtet. Nach sachverständigem Urteil droht hierdurch dem Kanal jedoch keine Gefahr.

#### Ein 100-Millionenreich.

Neugorl. 28. April. Nach einem Bericht des Census-Bureaus haben die Vereinigten Staaten 98 Millionen Einwohner und mit ihrem auswärtigen Besitz 109 Millionen.

### Handel, Gewerbe und Verkehr.

#### Zuckerberichte.

Hamburg, 27. April nachm. 2.10 Uhr. Rüben-Rohzucker 1. Prod. Basis 88° Rendement neue Ufance frei an Bord Hamburg für 50 Kilogramm für April 9.37 1/2, für Mai 9.40, für Juni 9.45, für August 9.62 1/2, für Oktober-Dezember 9.65, für Jan.-März 9.85. Gehhaft.

Hamburg, 27. April. abends 6 Uhr. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 Prozent Rendement neue Ufance, frei an Bord Hamburg für 50 Kilogramm für April 9.37 1/2, für Mai 9.40, für Juni 9.45, für August 9.62 1/2, für Oktober-Dezember 9.67 1/2, für Januar-März 9.85. Behauptet.

Paris, 27. April. (Schluß.) Rohzucker stetig. 88° neue Kondition 29 1/2, a 29. Weißer Zucker fest. Nr. 3 für 100 Kilogramm, für April 32 1/2, für Mai 32 1/2, für Juni-August 33 1/2, für Oktober-Januar 32 1/2.

Berlin, 28. April. Wetter: kühl und trocken.

Neugorl. 27. April. Tendenz: schwach. Canadian Pacificaktien 187, Baltimore u. Ohio 88, United States Steels Corporation 57 1/2.

Neugorl. 27. April. Weizen für Mai 101 1/2, für Juli 95 1/2, für September 93 1/2.



Ofen-Pest, 27. April, vorm. 11 Uhr. (Getreidemarkt.) Weizen fest für April 13.25, für Mai 13.22, für Oktober 11.87. Roggen für April 10.60, für Oktober 9.41. Hafer für April 8.47, für Oktober 8.13. Mais für Mai 7.14, für Juli 7.28. Rohrzucker für August 15.65. — Wetter: Schön.

Antwerpen, 27. April. (Schluß.) (Getreidemarkt.) Weizen fest, für Mai 19.50, für Juli 19.62, für September 19.20. Gerste für Mai 13.82, für September 13.82, für Dezember 13.87.

Antwerpen, 27. April. Petroleum. Raffiniertes Type weiß, 100 Liter 22.50 Br., do. für April 22.50 Br., do. für Mai 22.75 Br. für Juni-Juli 22.75 Br. Ruhig.

Schmalz für April 128.00.

Amsterdam, 27. April. Java-Kaffee good ordinary 40.50.

Amsterdam, 27. April. Banfazin 98.00.

Glasgow, 27. April. (Schluß.) Roheisen Middlesbrough 64, warrants stetig, 50/8.

London, 27. April. (Schluß.) Standard-Kupfer fest, 64, frei Monate 64 1/8.

Liverpool, 27. April, nachm. 4.10 Uhr. Baumwolle. Umsatz 10 000 Ballen, davon für Spekulation und Export — Ballen. Tendenz: Stetig.

Amerikanische middling Lieferungen: Stetig. April-Mai 6.90, Mai-Juni 6.90, Juni-Juli 6.81, Juli-August 6.77, August-September 6.63, September-Oktober 6.43, Oktober-November 6.23, November-Dezember 6.27, Dezember-Januar 6.25, Januar-Februar 6.25.

Telegraphische Fondskurse.

Breslau, 27. April. (Schluß-Kurse.) 3 1/2 Prozent. Schlesische Pfandbriefe Alt. A. 87.70, 4 Prozent. Poln. Pfandbriefe (5 Prozent. Coupon-reiner) 80.75, Bresl. Diskontobank-Akt. —, Schlef. Bank-Aktien 151.60, Archimedes-Aktien 124.00, Bresl. Spirit-Akt.-Ges. Akt. 430.00, Cellulose-Fabrik Geldmühle-Aktien 155.00, Donnersmarchhütte-Aktien 380.00, Eisenhütte Silesia Akt.-Ges.-Aktien 128.00, Hohenlohe-Werke Akt.-Ges.-Aktien 109.00, Kattowitzer Bergbau-Aktien 217.00, Königs- und Laurahütte-Aktien 145.00, Niederschles. Elektr.- und Kleinbahn-Aktien 145.00, Oberschles. Eisenbahndarj.-Akt. 83.90, Oberschles. Eisenindustrie-Aktien 65.00, Oberschles. Kalk- u. Chem. Fabr.-Aktien 216.50, Oberschles. Portland-Zement-Akt. 152.00, Doppelner Zement (Grundmann) Akt. 152.50, Portland-Zement (Gieseler) Akt. 153.50, Schlef. Elektr.- und Gas Lit. A. Akt. 190.00, Schlef. Elektr. u. Gas Lit. B. Akt. 189.00, Schlef. Leinenindustrie Kramsta Akt. 104.00, Schlef. Zement (Großschön) Akt. 155.00, Schlef. Zinkhütten-Aktien 370.00, Silesia Verein. chem. Fabr.-Aktien 168.50, Verein Freiburger Alsen-Nabriten 120.00, Zündner Zuckerfabrik-Aktien 148.00, Russische Banknoten 215.00. Fest.

Frankfurt a. M., 27. April, nachm. 2 Uhr 30 Min. 3 Prozent. Reichsanleihe 78.15, 4 Prozent. Staatsrente 75.30, 4 Prozent. Österr. Goldrente 86.00, 4 Prozent. Österr. Rente fond. in Kronen 81.60, 3 Prozent. Port. unif. Anl. 3. Serie 63.80, 5 Prozent. Rumänier amort. Rtl. 03 100.00, 4 Prozent. Russ. kons. Anl. von 1880 85.80, 4 Prozent. Russ. Rente 89.40, 4 Prozent. Serbische amort. Rente 95 78.30, 4 Prozent. Tür. kons. unif. Anl. 03 —, Tür. 400-Francs-Loie ult. 165.00, 4 Prozent. Ung. Goldr. 81.60, 4 Prozent. Ung. Staatsrente in Kronen 80.90, 5 Prozent. Mex. äußere Anl. 82.00, Berl. Handelsge. ult. 152 1/2, Darmstädter Bank ult. 117 1/2, Deutsche Bank ult. 241.75, Diskonto-Kommandit ult. 188.50, Dresd. Bank ult. 150 1/2, Mitteld. Kreditbank 116.70, Nationalb. f. Deutschland 110.20, Österr. Kredit ult. 192 1/2, Reichsb. —, Rhein. Kreditb. 127.70, Schaaffh. Bankverein 110.50, Österr. Ung. Staatsb. ult. 153 1/2, Österr. Südbahn (omb.) ult. 20.50, Ital. Mittelmeer —, Balt.-Dhio ult. 87 1/2, Anat. E.-B. ult. —, Prince Henri ult. 155.00, Albern. Rente 336.00, Albern. Berlin 333.50, Allg. Elektr.-Gesell. per ult. 243 1/2, Rahmeyer u. Co. —, Schudert ult. 146 1/2, Alumin.-Industrie-Aktien 278.50, Bad. Anilin u. Soda-Fabrik 630.00, Höchster Farb. 639.00, Holzverf. u. Zinduit. Konstanz 305.00, Mitteldeutsche Gummiwaren-Fabrik Peter 80.00, Kunst. Frankf. —, Bochumer Gußstahl ult. 221 1/2, Gieseler Vergb. 181.00, Harp. Vergb. 180.00, Westeregeln Alkaliwerk 202.00, Phönix-Bergbau ult. 236.75, Laurahütte ult. 145.00, Verein deutscher Dlfabr. 173.80, Privatdiskont 2 1/2, London kurz 20.442, Paris kurz 81.350.

Deutsche Anleihen.		Dt. Hyp.-Pfr. VII 4		Dt. Hyp.-Pfr. VIII 3 1/2		Dt. Hyp.-Pfr. IX 3	
Reichsb. p. 1. 8. 14 1/2	100.30 G.	XIX 4	94.75 G.	XIX 3 1/2	85.10 G.	XIX 3	95.40 G.
ichay. p. 1. 4. 15 1/2	100.30 G.	1900 4	94.50 G.	1900 4	95.00 G.	1900 4	95.00 G.
ichene p. 1. 5. 16 1/2	100.10 G.	1908 3 1/2	84.00 G.	1908 3 1/2	84.00 G.	1908 3 1/2	84.00 G.
Pr. Schatz p. 1. 4. 15 1/2	100.30 G.	1909 3 1/2	93.80 G.	1909 3 1/2	93.80 G.	1909 3 1/2	93.80 G.
Pr. Schatz p. 1. 5. 16 1/2	100.20 G.	1908 3 1/2	84.10 G.	1908 3 1/2	84.10 G.	1908 3 1/2	84.10 G.
Deutsche Reichsanl. 3 1/2	86.80 G.	Meininger II, VI, VII 4	94.60 G.	Meininger II, VI, VII 4	94.60 G.	Meininger II, VI, VII 4	94.60 G.
" 3	78.00 G.	" VIII, IX 4	94.50 G.	" VIII, IX 4	94.50 G.	" VIII, IX 4	94.50 G.
Pr. kons. St.-Anl. 3 1/2	86.80 G.	" konb. 3 1/2	86.00 G.	" konb. 3 1/2	86.00 G.	" konb. 3 1/2	86.00 G.
" 3	77.90 G.	" Präm. 4	140.75 G.	" Präm. 4	140.75 G.	" Präm. 4	140.75 G.
" 3	98.90 G.	Nordb. Grundfr. III 4	93.00 G.	Nordb. Grundfr. III 4	93.00 G.	Nordb. Grundfr. III 4	93.00 G.
Bad. Staats-Anl. 4	97.25 G.	Pr. Bod. 1917 4	94.25 G.	Pr. Bod. 1917 4	94.25 G.	Pr. Bod. 1917 4	94.25 G.
Bayr. Staats-Anl. 4	97.25 G.	" 1918 4	94.25 G.	" 1918 4	94.25 G.	" 1918 4	94.25 G.
Bremer Anleihe 3 1/2	84.50 G.	" 1916 4	94.50 G.	" 1916 4	94.50 G.	" 1916 4	94.50 G.
Dt. Hypoth.-Pfr. 4	96.80 G.	" 1911 3 1/2	85.75 G.	" 1911 3 1/2	85.75 G.	" 1911 3 1/2	85.75 G.
Hess. St.-Anl. v. 99 4	97.25 G.	" Bodfr. Pfr. 3 1/2	88.25 G.	" Bodfr. Pfr. 3 1/2	88.25 G.	" Bodfr. Pfr. 3 1/2	88.25 G.
Hamb. Staats-Anl. 3 1/2	97.40 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1890, 1. 4., 1. 10. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1890, 1. 4., 1. 10. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1890, 1. 4., 1. 10. 4	94.10 G.
amort. 1900 4	97.40 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1899, untdb. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1899, untdb. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1899, untdb. 4	94.10 G.
Lübecker Anleihe 3 1/2	85.25 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1901, untdb. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1901, untdb. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1901, untdb. 4	94.10 G.
Verl. Staats-Oblig. 3 1/2	97.50 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1906, untdb. 4	93.80 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1906, untdb. 4	93.80 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1906, untdb. 4	93.80 G.
Österr. Pr.-Dbl 8-9 4	94.25 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1916, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1916, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1916, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.
Posen Prov.-Anl. 4	93.60 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1907, untdb. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1907, untdb. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1907, untdb. 4	94.10 G.
" 3 1/2	83.70 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1917, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1917, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1917, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.
Pos. St.-Anl. I-III 3 1/2	85.20 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1918, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1918, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1918, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.
" 1900 4	96.20 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1886/1889, verschieben 3 1/2	84.60 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1886/1889, verschieben 3 1/2	84.60 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1886/1889, verschieben 3 1/2	84.60 G.
" Landfr. Zent. 4	94.75 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1894/1896, verschieben 3 1/2	84.60 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1894/1896, verschieben 3 1/2	84.60 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1894/1896, verschieben 3 1/2	84.60 G.
" neue 3	76.40 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1904, untdb. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1904, untdb. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1904, untdb. 4	94.10 G.
Österr. Hypoth. 3 1/2	84.80 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1913, 1. 1., 1. 7. 3 1/2	84.75 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1913, 1. 1., 1. 7. 3 1/2	84.75 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1913, 1. 1., 1. 7. 3 1/2	84.75 G.
Pommersche 3 1/2	86.75 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1917, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1917, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1917, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.
Posen'sche alte 4	100.25 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1919, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1919, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1919, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.
" D. 4	95.60 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1920, untdb. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1920, untdb. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1920, untdb. 4	94.10 G.
" E. 4	95.60 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1921, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1921, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1921, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.
" St. C. 3 1/2	90.60 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1922, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1922, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1922, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.
" A. 3 1/2	80.75 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1923, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1923, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1923, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.
" B. 3 1/2	80.75 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1924, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1924, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1924, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.
" neue 4	94.40 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1925, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1925, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1925, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.
Schl. altdeutsch 4	97.25 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1926, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1926, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1926, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.
" landisch A 3 1/2	87.70 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1927, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1927, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1927, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.
" landisch 3 1/2	77.60 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1928, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1928, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1928, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.
Westpreuss. 3 1/2	87.00 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1929, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1929, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1929, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.
Posen'sche 3 1/2	86.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1930, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1930, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1930, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.
Preussische 3 1/2	86.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1931, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1931, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1931, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.
Schlesische 4	96.20 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1932, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1932, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1932, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.
Brichm. 20 L.-St. 3 1/2	202.00 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1933, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1933, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1933, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.
Köln-Mind.-Pfm. 3 1/2	142.30 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1934, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1934, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1934, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.
Hamb. Pfm.-Anl. 3	168.50 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1935, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1935, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1935, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.
Rein. Loje v. St. 3	36.40 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1936, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1936, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1936, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.
Oldenburg. Loje St. 3	128.00 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1937, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1937, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.	Pr. Zent.-Bod.-Pfr. v. 1937, 1. 1., 1. 7. 4	94.10 G.
Hypotheken-Pfandbriefe.		Pr. Hypoth.-Pfr. VII 4		Pr. Hypoth.-Pfr. VIII 3 1/2		Pr. Hypoth.-Pfr. IX 3	
Pr. abglt. Hyp.-Pfr. 3 1/2	92.40 G.	" 1900 4	94.50 G.	" 1900 4	95.00 G.	" 1900 4	95.00 G.
" I u. II 4	93.60 G.	" 1908 3 1/2	84.00 G.	" 1908 3 1/2	84.00 G.	" 1908 3 1/2	84.00 G.
" III u. IV untd. 1915 4	93.60 G.	" 1909 3 1/2	93.80 G.	" 1909 3 1/2	93.80 G.	" 1909 3 1/2	93.80 G.
" I untd. 1916 3 1/2	87.50 G.	" 1910 3 1/2	84.10 G.	" 1910 3 1/2	84.10 G.	" 1910 3 1/2	84.10 G.
Grundfr. P. I 3 1/2	124.90 G.	" 1911 3 1/2	85.75 G.	" 1911 3 1/2	85.75 G.	" 1911 3 1/2	85.75 G.
" II 3 1/2	124.90 G.	" 1912 3 1/2	86.00 G.	" 1912 3 1/2	86.00 G.	" 1912 3 1/2	86.00 G.
Grdf. S. III/IV 3 1/2	101.10 G.	" 1913 3 1/2	86.10 G.	" 1913 3 1/2	86.10 G.	" 1913 3 1/2	86.10 G.
" XV u. XVI 4	95.00 G.	" 1914 3 1/2	86.10 G.	" 1914 3 1/2	86.10 G.	" 1914 3 1/2	86.10 G.
" V 3 1/2	85.10 G.	" 1915 3 1/2	86.10 G.	" 1915 3 1/2	86.10 G.	" 1915 3 1/2	86.10 G.

Wien kurz 85.025, Hamburger N. P. N. G. 128 1/8, Norddeutscher Lloyd 107 1/8, Feit.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 192 1/2, Diskonto-Kommandit 188.50, Ruhig.

Frankfurt a. M., 27. April, abends. (Abendbörse.) (Schluß.) 4 Prozent. Tür. unif. Anl. —, Tür. 400-Francs-Loie —, Berliner Handelsge. —, Darmstädter Bank 117 1/2, Deutsche Bank 242.00, Dresdner Bank —, Diskonto-Kommandit 187.75, Nationalb. für Deutschland —, Österr. Kreditakt. 193.00, Österr. Ung. Staatsb. 153.00, Österr. Südb. (omb.) 20 1/2, Baltim. Ohio 88.25, Hamb. N. P. N. G. 128.00, Nordd. Lloyd 111 1/2, Allg. Elektr.-Ges. 243.75, Schudert 146.50, Bochumer Gußstahl —, Deutsch-Luzern. Bergwerk —, Gieseler Vergb. 181 1/2, Harpener Vergb. —, Phönix Bergbau 236.75, Laurahütte —, Feit.

Anglo-Continental Guano 117.00, Aluminium-Industrie 278.50, per Kaffe, Daimler Motoren 390.00, Schaaffhausen'scher Bankverein 110 1/2.

Nachbörse: Lombarden 20.75.

Berliner Fondsbörse.

Berlin, 27. April. Das Ereignis des heutigen Tages bildete die Angliederung des Schaaffhausen'schen Bankvereins an die Diskontogesellschaft, die Bildung einer 300 Millionen-Bank. Dieem Ereignis gegenüber traten alle anderen Angelegenheiten und auch die Nachrichten über den amerikanisch-mexikanischen Konflikt an der Börse in den Hintergrund. Bei sehr bedeutenden Umsätzen zogen Diskontokommanditanteile um 2 1/2 Prozent und die Aktien des Schaaffhausen'schen Bankvereins um 3 1/2 Prozent im Kurse an, und dies, obwohl nähere Angaben über die geplante Transaktion an der Börse bei Beginn des Verkehrs noch nicht bekannt waren. Da zudem in Erwartung, daß die aus Mexiko vorliegenden Meldungen die heutige New Yorker Effektenbörse günstig beeinflussen würden, die Shares der Kanadabahn kräftig — bis zu 3 Prozent — im Kurse erhöht waren und auch auf das Bulletin über das Befinden des Kaisers von Österreich hin der Wiener Frühmarkt in freundlicher Haltung verkehrte, so war die Allgemeintendenz als ausgesprochen fest zu bezeichnen. Als wesentlich höher waren am Montagaktienmarkt die Aktien der Laurahütte und der Rheinischen Stahlwerke hervorzuheben. Andererseits gehörten die Aktien der Hohenlohe-Werke überhaupt nicht zu den Umsätzen. Von Elektrizitätsunternehmen stellten sich namentlich die Aktien der Deutsch-überseeischen Elektrizitätsgesellschaft und der Schudertgesellschaft höher, von Schiffahrtswerten die Aktien der Hanja. Im Verlaufe der Börse blieb die Gesamtstimmung fest, doch wurde der Verkehr ruhiger.

Am Kassaindustriemarkt war heute eine Erholung nach den Kursrückgängen der letzten Zeit unmerkbar. Besonders in denjenigen Aktien, in denen während der letzten Zeit Kursrückgänge eingetreten waren, sind heute Rückläufe und Deckungen vorgenommen worden. Die Aktien von Kohlenbergwerken zeigten feste Haltung bis auf die der Königsborn-Gesellschaft, die im Anschluß an den Quartalsabschluß weiter um einige Prozent nachgaben. Es notierten höher: Delmenhorst Linoleum 2, Deutsche Waffenfabrik 5, Müller Speiseeiz 4.80, Akt.-Ges. f. Verfehrsmaschinen 3.50, Deutsche Schachtbau-Ges. 5.50, Nordd. Zellulose 3.25, Busch Waggon 2.50, Daimler Motoren 5.50, Gredendrich Masch. 5, Baer u. Stein 4.50, Ernst Schick 2, Trautstädter Jüder 4.60, Rühlmann Stärke 4, Gebr. Krüger 2, Rhein. Sprengstoff 2, Wernberg Spinnerei 7.90, Rhein. Möbelfabrik 3.50, Ver. Glasstoff-Fabr. 3.50, Konordia chem. Fabr. 2.25, Elberfelder Farben 3, Wilsch u. Co. 2.75, Chem. Fabr. v. Heyden 9.25, Nitritfabrik 2, Fritsch Schulz 2.50, Weiler ter Meer 2.50, Konordia Bergbau 2.75, Konfolidation 4, Köln-Münster Bergwerk 2, Oberschles. Holz 2, Rhein. Nassau 8.25, Akt.-Ges. für Montanindustrie 4, Baermeier Gruben 2, Hanja 2, Kanada 2.60, Wissener Metall 3, Hermannshütte 6.50, Rappach Masch. 2.50. Es notierten niedriger: Adler Fahrrad 2, Walde, Tellerling u. Co. 2, Frister u. Ros-

mann 2, Riffhäuserhütte 2.50, Loewe u. Co. 2, Deutsche Gasglühlicht 2.10, Höpfer Zement 2, Godesheim Elektr. 3, Höpfer Farben 2.75, Anhalter Kohlen 2.50, Königsborn 2, Max Jüdel 9.25, Terra 8.60.

Der Kurssturz der mexikanischen Anleihe bildete heute das bemerkenswerteste Ereignis am Rentenmarkt. Am stärksten wurde der Kurs der mexikanischen 4 1/2 Prozent. Bewaffnungsanleihe geworfen, der infolge der Meldung, daß der am 1. Mai fällige Coupon nicht bezahlt werden kann, um 4 1/2 Prozent fiel. Unter Berücksichtigung des nichtbezahlten Coupons von 2 1/2 Prozent beträgt der Verlust 6 1/2 Prozent. Mexikanische 5 Prozent. Staatsanleihen verloren 2 Prozent und die 4 Prozent. 1 1/2 Prozent. Von den Tehuantepec-Obligationen stellten sich die 4 1/2 Prozent. um 1 1/2 Prozent und die 5 Prozent. um 1/2 Prozent niedriger. Die 5 Prozent. Zertifikate der St. Louis und San Francisco-Bahn gewannen 0.65 Prozent. Unter den heimischen Staatsanleihen büßten heute badische 4 Prozent. Anleihen auf die Ankündigung einer neuen Anleihe bis zu 1/4 Prozent im Kurse ein.